

Die Heimarbeiterin.

Organ des Gewerkvereins der Heimarbeiterinnen Deutschlands.

Das Blatt erscheint monatlich.
Mitglieder erhalten es kostenlos.
Abonnementschluss am 15. jeden
Monats.

Herausgegeben vom Hauptvorstande.
Hauptgeschäftsstelle: Berlin W 80, Rollendorferstraße 15.
Verantwortlicher: Ernst Engelke, 1919.
Erscheinenszeiten: wöchentlich von 9-1 und 3-4 Uhr, am Samstag von 2-4 Uhr.

Zu beziehen durch die Haupt-
geschäftsstelle und durch alle
Postämter.
Preis vierteljährlich 75 Pf.

Nummer 3.

Berlin, März 1919.

19. Jahrgang.

Heimarbeiterinnen und National- versammlung.

Nachdem und stoßend rollte am 4. Februar der zweite Parlamentszug mit den Erwählten des Volkes schmerzhaft durch Mitteldeutschland. Mit über vier Stunden Verzögerung erreichte er nachmittags mühsam die an Erinnerungen so reiche Thüringer Stadt, in der — aus Furcht vor den Spartakisten — die Deutsche Nationalversammlung, statt in der Reichshauptstadt, tagen sollte. Ein deutlicher Beweis dafür, wohin uns die Revolution gebracht hat. Schlechtes Material überall. Mangelhafte Leistungen die Regel. Das ist das Deutschland der Gegenwart.

Es war bitter, als Zeugen für unser Heruntergekommensein so und so viele fremde Berichterstatter im Zuge als Jahrtgenossen zu haben. Uebermüthige Witze, hämische Bemerkungen mußte man über sich ergehen lassen. Wir müssen uns jetzt alles, aber auch rein alles, gefallen lassen, da wir uns selbst wehrlos gemacht haben.

Das Tröstliche auf der Fahrt war, daß so viele treudeutsche Männer aus der christlich-nationalen Arbeiterbewegung auch als Abgeordnete, als Volkserwählte, unter den Mitahrenden waren. Unsere Hauptvorsitzende wurde im Speisewagen von ihnen freundlich begrüßt, darunter auch von Adam Siegerwald, dem Vorsitzenden des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften. Er ist der erste und der letzte deutsche Arbeiter, den das Vertrauen seines Kaisers in das preussische Herrenhaus berufen hat. Ein Reich, das für die Kaiser mit rückständiger Abgeschlossenheit konstitutioneller Einrichtungen gebrochen hatte, daß für ihn das viel mißbrauchte Wort „Freie Bahn dem Lächtigen“ längst vor der Revolution ein leitender Gedanke geworden war. Aber unserem armen Vaterlande nützte es nichts mehr. Die Aufhebung unseres Heeres, das sich ruhmvoll in Tausenden von Schlachten und Gefechten bewährt hatte, das uns sicher noch einige Monate unter bewährter Führung weiter zu verteidigen vermocht hätte, war der nie zu sühnenden Wühlarbeit sozialistischer Verräter gelungen. Die Tatsache, der Lebens- und andere sich rühmten, daß seit Januar 1918 eine zielbewußte Zerstückung des Heeres betrieben und geglückt sei, führte den Zusammenbruch herbei, dessen Krönung die Vertreibung unseres Kaisers, die Beseitigung aller deutschen Fürsten, das Ausrufen der Republik am 9. November war.

Die Revolution sollte uns nach den stolzen Reden ihrer Verkünder Frieden, Freiheit und Brot bringen. Das Gegenteil ist Wahrheit geworden.

Frieden haben wir noch heute nicht, nur immer schmachvollere Formen der Verlängerung des Waffenstillstandes.

Das verheißene Brot, die Lebensmittelversorgung der Entente, ist noch immer nicht eingetroffen. Heute, am 26. Februar, melbet die Abendzeitung, daß die deutsche Waffenstillstandskommission aus Spaia wieder abgereist sei, da der Vertreter der Alliierten dort soeben erklärt hat, „daß die Verhandlungen über das Lebensmittelabkommen noch nicht aufgenommen werden könnten“. Warum nicht? Warum die Fortsetzung der völkerrechtswidrigen Hungerblockade gegen ein völlig wehrloses Volk? Weil unsere Feinde nicht daran denken, edelmütig zu handeln, da sie es gar nicht sind. Sie haben erreicht, daß der irdische Welt, verführt durch die hegerischen Reden von Landesverrätern, alles preisgab, womit er sich auch in tiefster Not noch zu behaupten vermocht hätte. Nun liegt Deutschland am Boden, das deutsche Volk hungert weiter, der Feind triumphiert.

Aber, so sagt man uns, wenn auch noch Friede und Brot fehlt, wir haben die Freiheit!

Wie sieht es denn mit dieser vielgerühmten, in Weimar täglich erwähnten Freiheit aus? War wirklich die Revolution „der elementare Ausbruch eines seelisch mißhandelten Volkes“, wie es in einer Rede auf der Nationalversammlung lautete?

Wer seit rund zwanzig Jahren in der deutschen Heimarbeiterinnenbewegung arbeitet, der weiß wohl, daß es auf dem Gebiet sozialer Reformen nicht mit der Schnelligkeit vorwärts ging, wie es zum Besten der gedrücktesten Volksschicht und zugleich im Interesse unserer Volkswirtschaft zu wünschen war. Man frage aber einmal die organisierten Heimarbeiterinnen, ob sie damals oder jetzt sich wohler fühlten, ob sie damals oder jetzt mißhandelter waren?

Gewiß, sie können jetzt, wie alle deutschen Frauen, wählen haben es rechtlich getan und werden sich dieses Recht nicht wieder nehmen lassen. Aber Wahlrecht allein macht nicht satt. Freiheit ohne Brot ist Untergang. Und den Heimarbeiterinnen, diesen treuesten, zuverlässigsten Frauen und Müttern, will man nun das tägliche Brot, scheint's, nehmen, damit sie in Freiheit zu Almosenempfängern herabsinken können.

Es gibt ja jetzt leider genug Deutsche, die mit der nationalen Würde auch die persönliche Ehre aufgegeben haben. Nicht nur die Männer, die im eigenen Lande rauben und plündern, gehöhen zu ihnen, sondern auch die, die in der Zeit tiefster Not dem Vaterlande die Arbeit verweigern. Die durch ihre wahnwitzige Art nicht nur selbst als Nichtstuner unsere Volkswirtschaft belasten, sondern auch als spartakistische Herden arbeitswillige Volksgenossen mit Handgranaten und Maschinengewehren an der Arbeit, an der Produktion, gewaltsam hindern. Es sei nur daran erinnert, daß 95 Prozent unserer Bergleute im Ruhrrevier arbeiten wollen und von jenen wahnwitzigen immer wieder am Einfahren in die Gruben verhindert werden. Es sei nur erwähnt, daß bereits 21 Hochöfen ausgedient sind, weil die Arbeiter von ihnen „Brüder“ zum Nichtstun gezwungen werden, daß so und so viele Gruben vor der Gefahr des Erlausens stehen, wenn nicht bald Wandel geschaffen wird.

Die Arbeit, die nicht geschehen darf, bedeutet Brot, das nicht gegessen werden kann.

Der Feind triumphiert.

Deutschland war nicht zu besiegen, solange es einig war. Jetzt sind wir besiegt durch eigene Schuld und taumeln dem Abgrund zu wie geistig Erkrankte, die nicht wissen, was sie tun.

Die Heimarbeiterinnen gehören nicht zu den Wahnwitzigen. Sie haben treu gearbeitet während des Krieges im festen Vertrauen auf Deutschlands Zukunft, verbürgt durch männliche Kraft und Treue. Nun sagt man ihnen: Ihr seid frei! Aber die Arbeit, die ihnen Brot gibt, die ihre Daseinsmöglichkeit bedeutet, will man ihnen nehmen.

Man lese nur, was in dieser Nummer der „Heimarbeiterin“ von den Lohnfestsetzungen der Bezirksamtsämter des Gardekorps und des 3. Armeekorps berichtet wird. Man rufe sich zurück, was der Sauerband Hamburg von dem Vorgehen des Arbeiter- und Soldatenrates des 9. Armeekorps meldete, der vom 1. März 1919 ab statt die Ausgabe von Heimarbeit als abgeschafft erklärt. Man erinnere sich der Vorschläge Wilbrandts vom 17. November 1918, die gleichfalls allmählicher Beseitigung der Heimarbeit das Wort reden, und man wird begreifen, daß eine tiefe Verunsicherung durch die Reiben der heimarbeitenden Bevölkerung geht.

Es ist ja noch nicht aller Tage Abend, und die Tatsache, daß jetzt überall Fachauschüsse errichtet werden, läßt noch Hoffnung auf Heimarbeitreformwillen bei der neuen Regierung. Aber es heißt mehr denn je auf der Hut zu sein, nicht nur um der Heimarbeiterinnen, sondern auch um der Erhöhung der Produktivität der deutschen Industrie willen, die ja doch schließlich dafür sorgen soll, daß unseres Volkes Leistungen auf dem Weltmarkt wieder ihren Platz erobern.

Weimar, in dessen sonst so stillen Straßen jetzt überall Scharen der Volksvertreter zu hören und zu sehen sind, hat uns zwar eine vorläufige Verfassung, einen vorläufigen Reichspräsidenten und noch sonst allerhand Neues gebracht, aber für das Sorgen und Hoffen der Heimarbeitertinnen zunächst nur eine bittere Enttäuschung. Unsere Hauptvorsitzende hatte nämlich durch die Deutschnationale Volkspartei, der sie angehört, folgenden Antrag zum Schutze der Heimarbeiter eingebracht:

„Die Nationalversammlung wolle beschließen:

Die Reichsregierung wird ersucht:

- a) unverzüglich der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen zum Schutze der Heimarbeiter den Fachauschüssen die Befugnis übertragen wird, unabhängige Löhne festzusetzen,
- b) die staatlichen Behörden anzuweisen, auch in Zukunft Aufträge des Reiches und des Staates den Organisationen der Heimarbeiter und den mit Außenarbeitern arbeitenden Betrieben in umfassendem Maße zu übertragen.“

Dieser Antrag ist mit noch elf anderen, die alle dem Wohl der verschiedenen Berufsstände des Deutschen Volkes galten, am 21. Februar 1919 von der Nationalversammlung durch Uebergang zur Tagesordnung glatt abgelehnt worden!

Das müssen und werden wir uns merken. Es wird uns nicht mutlos, es wird uns auch nicht müde machen. Aber es erschüttert stark unser Vertrauen in das doch auch uns gegebene Versprechen auf Frieden, Freiheit und Brot!

Wir, die wir nicht zu denen gehören, die ihre Ueberzeugungen wechseln wie die Wäsche, sondern das einst so hoch gewertete Wort von der deutschen Treue als kostbaren Schatz hüten werden für Kinder und Kindeskinde, wir sind zwar ehrlich bereit, uns zu fügen und einzuordnen in Verhältnisse, die wir nicht gewollt, sondern die über uns gekommen sind wie ein Gewittersturm, dessen Auswirken es abzuwarten gilt. Aber gerade weil wir fest entschlossen sind, als ein Teil unseres Armeekorps, getretenen Volkes, daran mitzuarbeiten, daß ihm ein Aufstieg wieder möglich werde, gerade darum verlangen wir von Nationalversammlung und Reichsregierung, daß man auch uns und unsere Lebensbedingungen schützt.

Hunderttausende fleißiger, arbeitgewohnter Frauenhände strecken sich nach Arbeit aus. Man versage sie ihnen nicht. Deutschland braucht jede Arbeitsleistung, braucht sie mehr denn je. Niemand kann es verantworten, eine ganze Volksschicht auszuschalten. Niemand darf dafür eintreten, und wenn zehnmahl Woodrow Wilson, an dessen Edelmut doch auch allmählich die Schwarmgeister zu zweifeln anfangen, Heimarbeitserzeugnisse vom Wettbewerb auf dem Weltmarkt ausschließen will. Man nehme in die internationalen Friedensbedingungen als Ergänzung unsere Forderungen zur Gesundung der Heimarbeit auf, dann kann jedes Volk der Erde mit gutem Gewissen für Erhaltung der Heimarbeit eintreten, die nicht nur volkswirtschaftliche, sondern auch sittliche Werte erhält, und die eigentlich nur Unkundige und Liebelwollende bekämpfen können. Stegertwald fand in seinen Ausführungen auf der Nationalversammlung auch warme Worte zum Schutze der Heimarbeit. Andere werden ihm darin folgen. Deutschland muß arbeiten, um zu leben. Und Deutschland muß leben.

Mehr als ein Abgeordneter hat in diesen Tagen es in Weimar ausgesprochen, daß nur, wenn wir alle Hand anlegen und alle mittun, es wieder besser mit uns, mit unserem Volk und Vaterlande werden kann. Es wird lange dauern, ehe wir wieder in allem eines Sinnes werden. Niemand vermag zu sagen, wie sich die deutsche Zukunft dauernd gestalten wird. Jeder aber, der ehrlichen Willens ist und nicht im Besitzern, sondern im Aufbohren den Weg zum Ziele sieht, der tue mit. Wir Heimarbeitertinnen wollen es auch. Wir wollen es, indem wir alle Kraft einsehen, um Deutschlands Wirtschaftskampf auch durch unsere Leistungen erfolgreich zu gestalten. Alle deutschen Heimarbeitertinnen rufen wir auf: Kommt herbei! Schließt die Reihen! Arbeitet mit am Ausbau der Reform, die euer und eurer Kinder Brot schenken soll! Klärt alle Fernstehenden auf! Gründet überall Ortsgruppen! Ihr schafft dadurch mit am Bau der Zukunft, die jetzt so dunkel vor unser aller Blicken liegt. Nicht flehentlich wollen wir sagen, sondern voller Vertrauen arbeiten und wirken dem

Ziele zu. Das Ziel ist nicht nur wirtschaftlicher Aufstieg, sondern volles Erneuern all der Lebenskräfte, die in unserem Volke wirkten. Wir wollen wieder selbstlos, lauter und schlicht werden, wie unsere Väter es waren. Wir wollen nicht nur auf das Eigene sehen, sondern auch auf das des anderen. Wir wollen wieder glauben und vertrauen, wir wollen wieder hoffen lernen und unserem Leben Ziele setzen, die über diese Zeit hinausgehen. Dann wird aus dieser unerhörtesten Not ein neues Geschlecht hervorgehen, dem Gott der Herr die Erfüllung all des Hoffens schenken wird, die uns verlagert blieb, weil wir die Zeit der Prüfung nicht bestanden haben. Die Not, durch die wir hindurchmüssen, ist die Hand, die er uns entgegenstreckt, um uns stark zu machen. Von ihm geführt, geht es wieder aufwärts, das sind wir gewiß.

Lohnverhandlungen in der Damenkonfektion.

Am 14. Februar 1919 hat in der Berliner Handelskammer die erste Sitzung mit dem Verband der Damen- und Mädchenmätel-Fabrikanten wegen der Lohnfestlegung in der Damenkonfektion stattgefunden. Unser Gewerbeverein war vertreten durch Fräulein Wolff, Fräulein Vandsberg, Frau Richter, Frau Kunz und Fräulein Dange. Als Tagesordnung war die Bildung der paritätischen Kommission, dem Beschluß der Generalversammlung der Fabrikanten gemäß, festgesetzt. Die Entscheidung lautet: „Die Forderungen des Verbandes der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands werden in einem Augenblick gestellt, in dem die deutsche Volkswirtschaft auf das Schwerste erschüttert und die deutsche Bekleidungsindustrie von Lebensgefahr bedroht ist.“

Die Fragen des Rohstoff-Preises, der Absatz-Gestaltung, der internationalen Konkurrenz-Verhältnisse, der Saluta-Regelung und der inländischen Kaufkraft sind vollständig ungeklärt; die Umstellung der Damenkonfektions-Industrie auf reine Fabrikbetriebe würde zudem außerordentliche materielle und sachliche Mittel erfordern, zu deren Leistung weder die Konfektionsindustrie noch die deutsche Volkswirtschaft gegenwärtig in der Lage sind. Unter diesen Umständen verbietet sich für die nächste Zeit die geforderte Beseitigung der augenblicklich geltenden Betriebsform.

Dagegen erkennt die Generalversammlung an, daß es gerechtfertigt und notwendig ist, die Lohnverhältnisse in der Damenkonfektion für Meister und Heimarbeitertinnen neu und entscheidend zu regeln.

Obgleich die Generalversammlung die Schwierigkeiten nicht verkennet, die eine solche Regelung infolge der Eigentümlichkeit der Damenkonfektion in der Vielseitigkeit ihrer Produktion und dem Wechsel der Mode entgegenstehen, beauftragt sie die Verbandsleitung, eine Kommission von 15 Mitgliedern zu ernennen mit dem Mandat, gemeinsam mit einer von den Organisationen der Meister und Heimarbeitertinnen zu bestimmen den Kommission den Versuch zur Aufstellung eines Tarifvertrages oder eines genügende Sicherung bietenden anderweitigen Lohnabkommens für die Damenkonfektion zu machen.

Sollte dieser Versuch die praktische Durchführbarkeit des Tarifvertrages bzw. des Lohnabkommens ergeben, so ist ein entsprechender Entwurf einer neu einzuberufenden Mitgliederversammlung zur Beschlußfassung vorzulegen.

Die Versammlung beauftragt die Kommission, ihre Arbeiten mit der möglichsten Beschleunigung durchzuführen.

Engeladen waren außer dem Gewerbeverein die Meister- und die Schneiderverbände. Zuerst ist vom Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands (dem „freien“ Schneiderverband) der Vorschlag gemacht, über die Frage der Erhaltung oder Abschaffung der Heimarbeit noch einmal zu diskutieren. Dieser und ein zweiter Vorschlag, dann die zu bildende Kommission mit der Lösung dieser Frage zu betrauen, wurden aber abgelehnt, auch von der Vertretung unseres Gewerbevereins, die davor warnte, die Arbeiten der Kommission noch mit dieser Frage zu belasten. Zum Erschaunen aller Arbeitnehmer äußerte dann Kommerzienrat Bamberg, daß die Fabrikanten noch gar nicht erklärt hätten, sie wollten einen Tarif abschließen; vielmehr wollten sie prüfen, ob es möglich sei, einen Tarif auszusstellen. Auch über diese Frage entstand eine Erörterung, bei der Fräulein Wolff sagte, sie habe aus den Erklärungen der Arbeitgeber keine Gegnerschaft gegen den Tarif herausgehört, sondern verstanden, daß sie für Tarifierung einer möglichst großen Anzahl Positionen seien, sobald sie sähen, daß dies möglich wäre. Sie fügte hinzu, daß nach den Beratungen, die der Gewerbeverein bis jetzt gemacht habe, sie von der Möglichkeit der Tarifierung über-

zeugt sei. Dem wurde zugestimmt und nun zur Bildung der Kommission geschritten. Sechzehn Arbeitgeber waren vom Fabrikantenverband ernannt, sechzehn Vertreter der Arbeitnehmer sollten gewählt werden. Eine Schwierigkeit, die dadurch entstand, daß der freie Schneiderverband mehr Stimmen als unser Gewerksverein beanspruchte, wurde dadurch behoben, daß ihm gesagt wurde, er solle im wesentlichen die Werkstattarbeiterinnen, der Gewerksverein die Heimarbeiterinnen vertreten, weil ja die Heimarbeiterinnen voraussichtlich keinen großen Wert darauf legen würden, durch einen Verband vertreten zu werden, der die Abschaffung der Heimarbeit wünscht. Es wurden dann den Zwischenmeister fünf Stimmen, dem freien Schneiderverband fünf Stimmen und dem Gewerksverein der Heimarbeiterinnen fünf Stimmen zugewilligt. Ueber die Vertretung der beiden anderen Schneiderverbände einigte man sich dahin, daß der Hirsch-Dundersche und der christliche zusammen eine Stimme erhielten. Eine Zuziehung von Sachverständigen zu den Kommissionsitzungen wurde abgelehnt, dagegen vorgeschlagen, daß für jedes Kommissionsmitglied ein Vertreter ernannt würde, damit immer die volle Vertreterzahl zugegen sei. Die Beratungen und Vorarbeiten für den Tarif müßten ja vor den Kommissionsitzungen von den Verbänden im Kreise ihrer Mitglieder gemacht werden; dort könnten sie ihre Sachverständigen hören. — Der Gewerksverein ist seitdem eifrig an der Arbeit gewesen. Er hatte am 12. Februar im Lehrervereinshaus eine gut besuchte Versammlung zur ersten Besprechung für den Tarif in der Damenkonfektion einberufen. Unter regster Beteiligung aller anwesenden Heimarbeiterinnen wurde beschlossen, in den Tarifvertrag folgende Forderungen mit aufzunehmen:

1. Verantwortlich für die richtige Auszahlung des Tariflohnes und das Einhalten der Tarifbestimmungen soll der Unternehmer sein, ganz gleich, ob er die Arbeit direkt an Heimarbeiterinnen ausgibt oder durch einen Zwischenmeister ausgeben läßt.

2. Im Lieferraum muß der Tarif und die Tarifbedingungen aushängen, ebenso muß im Lieferraum sichtbar angeschlagen sein, welche Tarifklasse gearbeitet wird.

3. Alle Zutaten, einschließlich Garn, müssen den Arbeiterinnen geliefert werden.

4. Es darf den Werkstattarbeiterinnen keine Arbeit mit nach Hause gegeben werden. Die Heimarbeiterinnen müssen sich verpflichten, die mitgegebene Arbeit allein auszuführen. Sie dürfen nicht gezwungen werden, mehr Arbeit zu liefern, als sich in durchschnittlich acht Stunden herstellen läßt.

5. Neue Muster, die durch die Tarifregelung nicht erfaßt sind, sollen von einer von Arbeitgebern und Arbeitnehmern paritätisch besetzten Kommission kalkuliert werden und diese Löhne dann den Tarifen eingefügt werden, ohne daß die übrigen Bestimmungen oder Sätze des Tarifes davon berührt werden.

6. Alle Löhne sind ohne Bügeln verstanden.

Es wurde ferner beschlossen, nur für Heimarbeiterinnen Forderungen aufzustellen, die Regelung des Lohnverhältnisses zwischen Unternehmern und Meistern diesen allein zu überlassen.

Nun heißt es, die Kleinarbeit zu machen. In unserer Hauptgeschäftsstelle haben bis jetzt drei Sitzungen für Rock-, Mäntel- und Jackenarbeiterinnen stattgefunden, die in mehrstündiger Arbeitszeit die Tarifsätze für die Grundformen, die einzelnen Nähte, besondere Teile, wie Futter, Kragen, Gürtel, Taschen usw., und Garnierungen festgesetzt haben. Nicht nur die Sachkunde unserer Mitglieder, sondern auch die Freude an ihrer Arbeit und der Berufsstolz, ein möglichst gutes Stück zu liefern, waren in diesen Verhandlungen zu bewundern. Die letzten Positionen müssen noch festgesetzt werden; dann wird der Tarif nach den Vorschlägen ausgearbeitet und einem größeren Mitgliedsrat vorgelegt werden.

Es handelt sich um einen Reichstarif. Gelingt es, die Damenkonfektion zu tarifieren — und wir haben nach unserer Vorarbeiten eigentlich keinen Zweifel mehr darüber —, so haben wir einen guten Schritt vorwärts auf dem Wege zur Befreiung der Heimarbeit getan.

Berufliche Rundschau.

Neue Lohnfestsetzungen bei den Bekleidungsämtern des Gardekorps und des 3. Armeekorps. Im Frühjahr 1918 hat, wie unseren Mitgliedern bekannt ist, das Bekleidungsamt in Spandau nach langen Verhandlungen die Löhne des Gardekorps übernommen, die beiden märkischen Bekleidungsämter zahlen seitdem einheitliche Lohnsätze. Diese Lohnsätze wurden neuerdings durchschnittlich um 30 Prozent erhöht und zwar wurden für Werkstattarbeiter folgende Löhne festgesetzt: Für den Einheitsmantel 22,50 M., für die Feldbluse 17,40 M., für die Tuch-

hose 8,76 M. Diese Löhne betragen 75 Prozent des Lohnes, den das Amt dem Unternehmer zahlt. Beschäftigt er Heimarbeiter, so hat er von den ihm bei Werkstattarbeit zustehenden 25 Prozent ein Drittel an den Heimarbeiter abzutreten; also erhält der Heimarbeiter 8 2/3 Prozent des vom Amt gezahlten Gesamtlohnes. Der Lohn des Heimarbeiters beträgt für den Einheitsmantel 25 M., für die Feldbluse 19,49 M., für die Tuchhose 9,73 M. Hierin liegt eine wesentliche Neuerung gegenüber dem früheren Tarif; sie hängt mit der Bekämpfung der Heimarbeit zusammen. Es wird unvorteilhaft für die Unternehmer, Heimarbeiter zu beschäftigen. Daß es ihnen nicht mehr lange gestattet sein soll, ist daraus zu ersehen, daß ihnen die Verpflichtung auferlegt wird, baldmöglichst Betriebswerkstätten einzurichten. Das Verbot, die Arbeit weiterzugeben, bleibt für die Heimarbeiter bestehen. Die Löhne der Zuschneider sind ebenfalls tariflich geregelt. Da die Bekleidungsämter zurzeit Zivilanzüge für beurlaubte Soldaten durch Privatunternehmer anfertigen lassen, so ist — entsprechend dem Militärarif — ein Tarif für Zivilsachen ebenfalls von beiden Ämtern gemeinsam festgesetzt worden. Bedingungen und Lohnregelung sind die gleichen wie für Uniformarbeiten. Die Heimarbeiterin erhält für die Hose 11,10 M., für die Weste 7,64 M., für die Joppe 13,90 M., für den Ufster 34,74 M., für den Sack 25 M. — Die Bestimmung ist aufrechterhalten, daß für auswärtige Ämter, die in Berlin Arbeit anfertigen lassen, die Löhne der märkischen Bekleidungsämter gelten.

Vorläufige Bestimmungen über die Erwerbslosenfürsorge für Heimarbeiter hat die Stadt Berlin erlassen. Sie lauten:

1. Personen, die früher als Heimarbeiter voll beschäftigt waren und jetzt erwerbslos sind, erhalten als Erwerbslosenunterstützung den Wochendurchschnitt des von ihnen vor dem 9. November 1918 erzielten Verdienstes.

2. Personen, die bisher als Heimarbeiter voll beschäftigt waren, und jetzt infolge Materialmangels oder aus sonstigen Gründen teilweise erwerbslos sind, erhalten als Erwerbslosenunterstützung die Differenz zwischen dem verbleibenden und dem bisherigen vollen Wochenarbeitsverdienst, zuzüglich 30 Prozent des bisherigen vollen Verdienstes.

3. Personen, die bisher als Heimarbeiter voll beschäftigt waren, und jetzt stundenweise in anderer Tätigkeit beschäftigt sind (Aufwartefrauen, Zeitungsaussträgerinnen usw.), erhalten als Erwerbslosenunterstützung die Differenz zwischen dem Wochenarbeitsverdienst vor dem 9. November 1918 und dem jetzigen niedrigeren Gesamtwochenverdienst, zuzüglich 30 Prozent des früheren Verdienstes.

4. Berechnung und Auszahlung der Unterstützung liegt auch im Falle zu 2 den städtischen Geschäfts- und Zahlstellen ob (bzw. den Fachorganisationen der Heimarbeiter, soweit ihnen Kontrolle und Auszahlung übertragen ist). Die Heimarbeiter haben bei Stellung des Unterstützungsantrages Bescheinigungen (Lohnbücher und dergleichen) über ihren früheren Verdienst, in den Fällen zu 2 und 3 auch über ihren jetzigen Verdienst, auf den Geschäftsstellen vorzulegen.

Der weibliche Arbeitsmarkt zeigte im Februar ein außerordentlich ungünstiges Bild. Entlassungen weiblicher Arbeitskräfte aus Fabriken und Büros fanden in großem Umfange statt. Besonders für die weiblichen Büroangestellten bildet sich eine kritische Lage heraus. Auf eine baldige Besserung ist nicht zu rechnen. Eher wird in den nächsten Monaten noch eine Vermehrung der Kündigungen erfolgen. Die Entlassenen werden meist durch männliche Arbeitskräfte ersetzt. Dem steht ein großes Stellenangebot auf dem Lande gegenüber. Es ist sehr schwierig, die frei gewordenen Arbeitskräfte in ländlichen Bezirken unterzubringen. Ebenso scheitert die Unterbringung der aus den Fabriken entlassenen Frauen in häusliche Dienste noch immer. Als Gründe dafür werden angegeben: die hohe Erwerbslosenunterstützung oder die hohen Ersparnisse, die unter dem Sparzwang bei dem großen Arbeitsverdienst gemacht worden sind, die nun die Annahme der Arbeit nicht zu dringlich machen, außerdem die Abneigung der arbeitslosen Frauen und Mädchen gegen die Beschäftigung auf dem Lande und in fremden Haushaltungen. Andererseits wollen aber auch die Hausfrauen die aus den Fabriken kommenden Mädchen nicht annehmen, da die Lohnforderungen den Kenntnissen nicht entsprechen. Um diesen Hinderungsgrund zu beseitigen, hat man in Kiel und in Oppeln Haushaltungsfürsorge für solche Arbeiterinnen geschaffen. In Berlin bestehen ähnliche Pläne. In den nächsten Wochen werden wieder eine ganze Anzahl auch von den Wölkern unserer Mitglieder aus den Schulen entlassen werden. Es tritt dann an viele Mütter die Frage heran: „Was soll meine Tochter werden?“ Auf Grund der Mitteilung über die Lage unseres Handels und unserer Industrie muß man dringend vor dem Eintritt in den kaufmännischen Beruf als Stenotypistin, Kontoristin, Bürogehil-

fen und ähnliche Stellungen warten. Das schon längst geschränkte Ueberangebot in Arbeitskräften dieser Art ist jetzt zur Last geworden, und es besteht gar keine Aussicht, daß in den nächsten Monaten, ja, nicht einmal in den nächsten Jahren, eine erhebliche Besserung auf diesem Arbeitsmarkt eintreten wird.

Der Ständige Ausschuss zur Förderung der Arbeiterinnen-Interessen gibt bekannt, daß sein Archiv, das gesichtetes Material (Erhebungen, Literaturverzeichnisse, Zeitungsauschnitte) über alle Gebiete der Arbeiterinnen-Frage enthält, allen Interessenten zu unentgeltlicher Benützung zur Verfügung steht. Mündliche und schriftliche Auskünfte über Arbeiterinnen-Fragen, Zusammenstellung von Material zur Vorbereitung von Arbeiten und so weiter werden von der Geschäftsstelle, Berlin W 35, Dersifflingerstraße 17, gern unentgeltlich übernommen.

Soziale Rundschau.

Hauptversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform. Am 29. und 30. Januar fand in Berlin eine außerordentliche Hauptversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform statt, über die Dr. Ludwig Heyde, der an Stelle von Professor Waldemar Zimmermann neugewählte Generalsekretär der Gesellschaft, in der „Sozialen Praxis“ berichtet. Es galt, die neuen Aufgaben festzustellen, an denen die Gesellschaft mitzuarbeiten hat, falls sie ein Recht zur Weiterexistenz behaupten will; ferner galt es zu prüfen, für welche ihrer alten Arbeiten die Fortsetzung notwendig ist. — Der Vorsitzende, Staatsminister a. D. Frelberg v. Derlebach, gab einen Ueberblick über die mannigfachen Arbeiten der Gesellschaft und betonte ihr erfolgreiches Bemühen, die Anhänger sozialer Reform, besonders die Verbände der Arbeiter und Angestellten, zur gemeinsamen Arbeit zu vereinigen und dadurch die beteiligten Organisationen einander zu nähern. Er hob ferner die bedeutsamen Leistungen der Gesellschaft in ihrer Eigenschaft als deutsche Sektion der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz hervor, die von ihr mitbegründet und geführt wurde. Diese Leistungen beweisen, daß der Gesellschaft Kraft und Fähigkeit zur Verfolgung ihrer Ziele, zur Inangriffnahme neuer Aufgaben innewohnt, in einer Zukunft, deren Gestaltung sich erst vollziehen wird. Und obwohl jetzt sämtliche politische Parteien für Sozialreform eintreten, bleibt im Interesse des Vaterlandes das Fortbestehen der Gesellschaft notwendig, bei der die sozialreformnerische Gesinnung rein und unbeeinträchtigt zum Ausdruck kommt, umso mehr, als sie die Aufgabe übernimmt, die erhobenen Forderungen zu klären und auf ihre Durchführbarkeit zu prüfen. Infolge der politischen und sozialen Umwälzungen werden sich neuartige Probleme ergeben, von denen einige schon jetzt in Bearbeitung zu nehmen sind, so das Beamten- und das Landarbeiterproblem, das Arbeitsrecht, — im besonderen die Vereinheitlichung des Angestelltenrechts, — ferner die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse in den sozialisierten Betrieben. Probleme, welche die Gesellschaft seit Jahren beschäftigt, sind weiterzuarbeiten; insbesondere die Fragen des Koalitionsrechts und des Vertragsrechts, über deren vorläufige Ergebnisse der Hauptversammlung Bericht erstattet wurde. Was die Stellungnahme der Gesellschaft anlangt, so wird sie in Zukunft nicht mehr wie früher ihren ganzen Einfluß für beschleunigte Fortführung der Sozialreform bei Regierung und Arbeitgeberern aufzubieten haben, sondern es kann ihr unter Umständen die Aufgabe zufallen, vor überstürzten Umgestaltungen zu warnen. — Abgesehen von den umfassenden neuen Aufgaben, welche die veränderten Verhältnisse stellen, hofft die Gesellschaft als Mitglied der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz dem Vaterland ersprießliche Dienste leisten zu können, da die internationalen Gewerkschaftskonferenzen in Leeds und in Bern die Aufnahme von Arbeiterschutzbestimmungen in die Friedensdokumente verlangen und vorschlagen, die Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz dafür in Anspruch zu nehmen. — Der Vorsitzende hob nachdrücklich die Bedeutung der Gesellschaft für Ueberwindung der Klassengegensätze und Verminderung der Klassenkämpfe hervor. Nur wenn Männer und Frauen gemeinsam danach streben, dem Volke den inneren Frieden zu geben, ist die Grundlage geschaffen, auf der unser schwer geprüftes Vaterland sich wieder aufrichten kann.

Wohnungsreform. Der Wiederaufbau unserer Wirtschaft muß vom Lande her erfolgen. So klar dieser Grundsatz von allen Wirtschaftspolitikern erkannt ist, so schwer ist seine Durchführung. Eine jahrzehntelange Entwicklung muß unter dem Druck bitterster Notwendigkeit plötzlich abgebrochen werden. Es handelt sich nicht etwa nur darum, die Kriegswirtschaft möglichst reibungslos in die alte Friedenswirtschaft zurückzuführen. Es gilt vielmehr, unsere Volkswirtschaft auf Lebensbedingungen einzustellen, unter denen und ein erfolgreiches Wirtschaften

wie früher überhaupt unmöglich ist. In absehbarer Zeit sind keine Rohstoffe für unsere Industrie zu erschwinglichen Preisen zu haben. Wir haben alle alten Märkte verloren. Ob wir mit unseren teuren Waren trotz größten Fleißes und bester kaufmännischer Arbeit neue Absatzgebiete und gewinnen können, ist fraglich. Unser natürliches Kalimonopol ist mit Eisab-Lothringen verlorengegangen. Statt mit 10 Millionen Tonnen können wir nur mit 2½ Millionen Tonnen eigener Eisenerze jährlich rechnen. Das alles bedeutet für Tausende von Arbeitern den Verlust ihrer Arbeitsmöglichkeit, für Hunderte von Kaufleuten die Aufgabe ihres Berufes. Ein großer Teil unseres Volkes muß seine altgewohnte Arbeits-, Lebens- und Wohnweise ändern. Diese wirtschaftliche Umstellung bringt der sozialen Politik auf allen Gebieten neue Aufgaben, insbesondere auf dem Gebiete des Wohnungswezens. — Galt es vor dem Kriege vor allen Dingen das Wohnungselend in den Großstädten zu bekämpfen, darauf hinzuwirken, daß auch die kleinen Wohnungen einwandfrei gebaut und zu angemessenem Preise vermietet wurden, so wird der Schwerpunkt aller Wohnungsreform in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren auf dem Lande und in den kleinen Städten liegen müssen. Es wird wiederum eine starke Binnenwanderung einsetzen. Jetzt aber nicht vom Land in die Stadt, sondern umgekehrt: aus der Stadt hinaus aufs Land. Der große familienweise Abzug aus den Städten, der unter allen Umständen bald eintreten muß, macht es überflüssig, daß in den Großstädten jetzt noch eine große neue Bautätigkeit einsetzt. Der Wohnungsnot, die augenblicklich hier noch herrscht, wird vielleicht schon bald ein Wohnungsüberschuss folgen. In den Großstädten wird sich daher die Wohnungsreform auf die alten Maßnahmen beschränken können, nämlich durch Wohnungsaufsicht die größten Schäden zu beseitigen, und durch „Wohnungsergänzungen“, das sind Laubentolonien, Kinder-spielplätze, Kinderhorter u. dgl., zur Besserung beizutragen. Demgegenüber stellt der Neubau von Wohnungen auf dem Lande und in den kleinen Städten, die die abwandernden Familien aufnehmen sollen, ganz ungeheure Aufgaben. Die große Siedlungsreform, deren Grundzüge im Gesetz vom 29. 1. 1919 festgestellt sind, schließt eine weitgehende ländliche Wohnungsreform in sich. Die neue Schaffung von Stellen nützt gar nichts, wenn nicht gleichzeitig die nötigen Wohngebäude für die Siedler bereitgestellt werden. Ein gut Stück der ländlichen Arbeiterfragen, die heute gelöst werden sollen, ist Wohnungsfrage. Ein gesundes Familienleben, das auf dem Lande den Städtern Erjaß für die vielen Freuden der Großstadt bringen muß, ist nur im eignen Heim möglich. So ist denn gleichzeitig mit den großen Siedlungsplänen eine großzügige Wohnungsreform vorgesehen worden. Zur Beschaffung von Grund und Boden sind drei Verordnungen erlassen, nämlich:

1. Die Verordnung zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot vom 15. 1. 19.
2. Die Verordnung über das Erbbaurecht vom 15. 1. 19.
3. Die Verordnung zur Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedlungsland vom 29. 1. 19.

Danach sind die Landeszentralbehörden verpflichtet, für diejenigen Bezirke, in denen sich ein dringendes Bedürfnis nach kleinen und Mittelwohnungen in der Uebergangszeit nach dem Kriege herausstellt, zur schnellen Durchführung der Unterbringung obdachloser Familien Bezirkswohnungs-Kommissare zu bestellen. In Preußen sind dies die Regierungspräsidenten. Sie haben das Recht, Grundstücke zu enteignen, um auf diesen kleine und Mittelwohnungen bauen zu lassen. Der Wohnungs-Kommissar hat sehr weitgehende Rechte erhalten, um alle Widerstände zu beseitigen, die den Ansiedlungen im Wege stehen. Durch diese Verordnung ist sehr reichlich Grund und Boden als Bauland für den Wohnungsbau bereitgestellt worden. Es ist auch anzunehmen, daß das Bauland zu niedrigen Preisen von Staat und Gemeinden, Kirchengemeinden und Jochen hergegeben wird. Das nötige Geld, das zum Kaufen und Bauen gebraucht wird, soll durch Hypothekendarlehen aufgebracht werden. Diese Hypothekendarlehen müßten dann dem Staatskommissar für das Wohnungs- und Siedlungswezen unterstellt werden und die Pflicht haben, Heimstättenpfandbriefe auszugeben. Gemeinnützige Siedlungsunternehmungen müßten dann den Bau in Angriff nehmen. Die größte Schwierigkeit liegt aber in der Beschaffung von Baustoffen. Von 18 000 Ziegelsteinen sind während des Krieges 17 700 stillgelegt worden. Ehe der Kohlenmangel nicht behoben ist, können auch die Ziegelsteine die Arbeit nicht wieder aufnehmen. Um die Ziegel aber zum Vauplatz schaffen zu können, müssen erst die Transportverhältnisse sich wieder geregelt haben. Jetzt kostet ein Haus dreimal soviel als vor dem Kriege, und die politischen Unruhen in unserem Lande lähmen die Unternehmungslust. Größte Sparsamkeit mit Baustoffen, kein Straßenlurus, einfacher Grundriß, einfachste Ausstattung sind geboten. Abkehr von der Mietskasernen, Mietskasernen

zum Flachbau ist die Forderung. Wohnungsreform heißt nicht: „Morgen werden wir alle in schönen Villen wohnen.“ Im einfachen Heim ein einfaches Glück. Mehr kann uns jetzt die Wohnungsreform nicht bringen.

Dieses Programm wurde im Deutschen Wohnungsausschuss in der öffentlichen Versammlung am 10. 2. 19 im Abgeordnetenhaus in Berlin entwickelt.

Deutsche Industriepolitik. Dem Aufsatz „Deutsche Industriepolitik“ von Rudolf Schneider entnehmen wir folgende hochwichtigen Ausführungen: Ein für das deutsche Wirtschaftsleben bedeutsamer Zusammenschluss ist im Laufe des Jahres erfolgt: die beiden Zentralorganisationen der deutschen Industrie, der Bund der Industriellen und der Zentralverband deutscher Industrieller, haben beschlossen, sich zu einem Reichsverband der deutschen Industrie zu vereinigen, der auf dem Unterbau der fachlich, landschaftlich oder örtlich organisierten Industriegruppen errichtet wird und sich die Wahrnehmung aller wirtschaftlichen Interessen der deutschen Industrie zur Aufgabe setzt. — Es ist zu wünschen, daß sich diesem Gesamtverbande die „Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände“ anschließen möge, die bisher reine Arbeitgeberfragen, Fragen des Streiks und der Aussperrung, behandelt hat; ebenso die einzelnen noch ausstehenden Organisationen der Industrie. — Ein wesentlicher Anlaß zu diesen Einigungsverhandlungen ist die bald nach den Revolutionstagen in Berlin begründete „Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands“. Diese enthält den Grundgedanken, daß künftig nicht nur die Fragen des Arbeitsverhältnisses, sondern auch wirtschaftliche und sozialpolitische Angelegenheiten der Industrie von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in paritätischen Körperschaften beraten und gemeinsam vertreten werden sollen. — Der im Aufbau begriffene Reichsverband (Gesamtverband) der deutschen Industrie wird sich auf Landesverbände und auf nach Industriegruppen zusammengefasste Fachverbände stützen. Er plant die Ausführung des Grundgedankens in der Weise, daß Landesverbände und Fachverbände und ebenso die Spitze der Organisation alle geeigneten wirtschaftlichen und sozialen Fragen paritätisch mit Vertretern der Gewerkschaften beraten. Ein Weg dazu, sich

zur Ausführung dieser Pläne mit der neuen Arbeitsgemeinschaft zu vereinigen, werde sich finden, da der gute Wille bei allen Beteiligten vorhanden sei. — Wenn also die Industrie künftighin um Zollsätze, Eisenbahntarife, Handelsverträge und wirtschaftliche Einzelsforderungen, oder um die wesentlichen Bedingungen kämpfen wird, von denen ihr Bestehen im deutschen Wirtschaftsleben abhängt, dann soll diese Industriepolitik von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gemeinsam beraten werden. Wenn etwa künftig die deutsche Steinindustrie bestimmte Leistungen der Unfallversicherung oder der Arbeiterfürsorge nur unter der Voraussetzung zu tragen vermag, daß sie gegenüber der billigen auf dem Wasserwege erfolgenden Einfuhr schwedischer Meisensteine durch einen niedrigen Ausnahmetarif der deutschen Eisenbahnen wettbewerbsfähig erhalten werden kann, dann wird in der Fachgruppe der Steinindustrie ein entsprechender Antrag von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gemeinsam beschloffen und dem Parlament gegenüber vertreten werden müssen. Ebenso werden die Vertreter der Gewerkschaften gemeinsam mit den Unternehmern die Frage prüfen, ob etwa deutsche Spinnereien durch einen Schutz Zoll gegen billige ostindische Garne erhalten werden können, oder welchen Ausgleich die Knopfindustrie gegen die Schleuderkonkurrenz japanischer Kuliarbeit braucht oder die Glasindustrie gegenüber einem belgischen Wettbewerb, der mit krankenloser Frauen- und Kinderbeschäftigung arbeitet. — Und wie in den Einzelfragen, so auch in dem Kampfe um die großen Lebensnotwendigkeiten der deutschen Industrie, in ihren Sorgen um die Beschaffung der Rohstoffe, um die Wiedereroberung des verlorenen Weltmarktes, um ihre Stellung in der deutschen Wirtschaftsgesetzgebung usw. Bisher trugen die industriellen Unternehmer diese Lasten allein. Die Arbeiterschaft stand gewerkschaftlich im Kampfe mit dem Unternehmertum, und politisch ließ sie sich vom reinen Konsumentenstandpunkt leiten. In Zukunft wird die Industrie ihre unendlich viel schwerer gewordene Politik nur durchsetzen können, wenn sie hinter ihre Forderungen die ungeheure Gesamtzahl aller der Menschen stellen kann, deren Wohl und Wehe von einem glücklichen Wiederaufbau der deutschen Industrie abhängt.

1918.

Bericht der Hauptkasse.

1918.

Einnahmen.

Vierteljahr:	I		II		III		IV		Summe	
	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S
Beiträge ordentlicher Mitglieder	19683	85	19457	98	17808	25	23448	70	80398	78
Beiträge außerord. Mitglieder	1077	50	2876	70	2178	55	1367	—	7499	75
Für an die Gruppen										
geliefertes Material	290	25	310	90	257	35	264	05	1122	55
und Bäckerei	329	35	92	45	216	45	88	35	726	60
Salten des Blattes	55	20	—	60	—	—	1	50	87	30
Zinsen	1443	55	2313	05	1085	25	2467	25	7309	10
außerordentl. Einnahmen der Hauptkasse	144	62	348	42	389	58	126	27	1008	89
Gruppenkasse							75	—	75	—
	23024	32	25400	10	21935	43	27838	12	88197	97

Abschluß:

Gesamteinnahme	M	88 197,97
Gesamtausgabe	M	88 422,17
Gesamtlüberschuss	M	9 775,80
Ueberschuss von 1917	M	116 822,75
Kassenbestand am 1. 1. 1919	M	124 798,55

Ausgaben.

Vierteljahr:	I		II		III		IV		Summe	
	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S
Büromiete, Licht und Heizung	982	5	728	72	761	57	860	06	3333	79
Anschlußbeiträge	2374	25	3187	50	2600	—	2797	70	10958	45
Fach- und andere Zeitungen	174	27	65	12	87	95	68	42	395	76
Betriebsmaterial	1956	43	654	25	184	05	261	70	3056	43
Druckkosten:										
1. Zeitarbeiterin	4019	—	1434	40	3283	20	1728	10	10464	70
2. Verschiedenes	1660	—	1802	—	1976	60	301	85	5240	45
Bücher	735	06	61	—	248	33	12	83	1057	24
Porto- und Postkosten	542	33	337	—	232	08	476	13	1587	54
Telephon	326	55	149	85	173	78	333	31	983	49
Jahresgelber für ordentliche Mitglieder	27	35	40	30	26	85	25	—	119	50
Krankengeldzuschuß	2642	50	2789	—	2763	—	4265	—	12659	50
Wöchnerinnen-Geldhilfe	295	—	315	—	315	—	330	—	1255	—
Sterbegeldzuschuß	25	—	55	—	15	—	35	—	130	—
Gehälter	1561	51	1891	17	1979	14	1546	40	6978	22
Außerordentliche Ausgaben, Streikgelder	482	95	3210	31	168	50	1046	45	4008	21
					21	70			21	70
Einnahme-Anteil der Gruppenkassen	5118	55	5514	56	5110	09	6222	60	21965	80
Kosten d. Verbandstages und Delegiertengelder	—	—	2101	14	594	25	620	—	3305	39
	23123	29	23836	32	20531	09	20931	47	88422	17

Aus unserer Bewegung.

Berlin-Geb. In unserer Januarversammlung hörten wir zu unserem Schreck, daß wir den Saal wegen der Gaschwierigkeiten schon um 1/10 Uhr räumen mußten. Es wurde daher beschloffen, von jetzt an die Versammlungen eine halbe Stunde früher zu legen, da es sonst unmöglich ist, auch nur die notwendigsten Dinge durchzuführen. Lagern doch diesmal

noch ganz besonders wichtige Fragen vor. Die Frage der Erwerbslosenfürsorge für Heimarbeiter und der wegen Arbeitsmangels teilweise erwerbslos Gewordenen wurde beraten, über die Sachausschüsse und die Bedeutung, die sie für die gesamte Heimindustrie haben könnten, berichtet, und die Wünsche für die Neuorganisation der Krankenversicherung der Handgewerbetreibenden durchgeprochen. Besonders lebhaftes Interesse erregte der Kampf gegen die Abschaffung der Heim-

arbeit, zu dem uns die Sozialdemokratie, im besonderen der freie Schneiderverband, zwingt. Die Erfolge der öffentlichen Protestversammlungen wurden mit Freude begrüßt. Der Rest des Abends, der nicht annähernd für das so wichtige Thema ausreichte, war mit Vorbesprechungen für einen Lohnantrag in der Damenkonfektion ausgefüllt. — Zu der Vorstandswahl wurden Vorschläge gemacht, sie soll dieses Jahr erst im März stattfinden. — Es wird noch einmal auf den früheren Anfang der Märzversammlung hingewiesen, in der auch der Geschäfts- und Kassenbericht erstattet werden soll.

Halle-Nord. In unserer gut besuchten Januarversammlung erstattete Fräulein Schreder den Jahresbericht. Trotz aller Mühe und Schwierigkeiten des vierten Kriegsjahres hat sich unsere Gruppe gut gehalten. Es konnte auch reichlich Arbeit ausgegeben werden. In der ersten Hälfte des Jahres fehlten zum Teil die Arbeitskräfte, die sich dann nach Abschluß des Waffenstillstandes in übergroßer Zahl wieder einstellten. Drei Wäscheurse und ein Spezialkursus für Tuchhosen wurden abgehalten, die Teilnehmerzahl betrug 60. Eine Reihe Ausbesserungen wurden an Privats vermittelt, doch konnten nicht annähernd alle Anfragen befriedigt werden. Als gegen den Jahresluß die Arbeit knapp wurde, wandte sich der Vorstand an hiesige Geschäfte mit der Bitte, besonders Witwen und alleinstehende Frauen einzustellen, die den Lebensunterhalt für sich und ihre Kinder verdienen müßten. Dieser Bitte wurde bereitwilligst entsprochen, eine Firma hat bereits 20 Mitglieder beschäftigt. — Petroleum wurde verteilt: für einen eiligen Auftrag wurde vom Magistrat eine Extrabewilligung erreicht. Noch hat unsere Arbeitsausgabe reichlich zu tun. Es läßt sich aber natürlich noch nicht absehen, wie es sich im Laufe des Jahres gestalten wird. — Zum Schluß der Versammlung wurde noch auf die bevorstehenden Wahlen eingegangen, und unseren Mitgliedern die Wahlpflicht warm ans Herz gelegt.

München. In unserer Januarversammlung hatten wir die große Freude, daß Gräfin Lattenbach über die Frauen in den Gemeindeämtern zu uns sprach. Sie führte uns die Notwendigkeit vor Augen, daß auch Frauen dort vertreten wären, gibt es doch Dinge, z. B. die Ernährungsfrage, die von Frauen viel besser verstanden werden, als von Männern. Auch Weltanschauungsfragen gibt es in der Gemeinde zu vertreten. Um nun aber den notwendigen Einfluß auf die Gemeindevahlen zu bekommen, müßten unsere Münchener Ortsgruppen noch viel stärker wachsen. Der Aufschwung unserer christlichen Gewerkschaften ist ganz außerordentlich groß, da dürfen wir Heimarbeiterrinnen nicht zurückbleiben. Ein Erfolg unserer Organisation ist ja schon die Wahl von Frau Wolf in den Arbeitererrat. Frau Wolf berichtet dann über ihre Erlebnisse in der letzten Sitzung. Sie hat unsere Forderungen vorgebracht, die von 24 Mitgliedern des Münchener Arbeiterrates unterschrieben waren. Sie kam aber so spät an die Reihe, daß schon viele Teilnehmer fortgegangen waren, und die Annahme der Forderungen wurde stark bekämpft vom freien Schneiderverband, der ja inzwischen immer vorgibt, auch Heimarbeiterrinneninteressen zu vertreten. — Frau Billard berichtete dann über eine Versammlung, in der über den Mißbrauch der Arbeitslosenfürsorge gesprochen wurde und über die Gefahren, die zu hoch hinaufgeschraubte Lohnforderungen für unsere Volkswirtschaft haben können. — Es wurde dann noch über die Kriegsversicherungen gesprochen und über die Vorstandswahl, die im Februar stattfinden soll. — Frau Buczkowska macht zum großen Kummer der Gruppe bekannt, daß sie sich aus Gesundheitsrücksichten nach einer jüngeren Nachfolgerin umsehen müsse.

Stuttgart-Stadt. Viel, unendlich viel ist geschehen, seitdem wir Stuttgarter zum letztenmal von uns hören ließen. Unser herrliches deutsches Kaiserreich liegt in Trümmern, über unsere edle Schutzherrin ist unsagbares Leid gekommen. Wir Schwaben haben von unserem geliebten greisen König Abschied nehmen müssen. Des Vaterlandes Not und Schmach zerreiht allen, die es als ihr höchstes Gut lieben, täglich das Herz. Gottlob, daß es noch Arbeit gibt, die uns hilft, nicht zu verzweifeln, Arbeit, die erhebt, die vergessen macht. Und Arbeit, drängende Arbeit ist es auch gewesen, die uns Schwaben so lange schweigen ließ. Unsere liebe Frau Giese ist kreuz und quer durchs Württemberg „Ländle“ gezogen und hat, wie hier in großen Versammlungen, so auch in den bedeutenderen Oberamtsstädten in ihrer warmen, geistreichen und begeisternden Weise den Frauen Wahlrecht und Wahlpflicht ans Herz gelegt. Unsere Schriftführerin hat in kleinen Versammlungen, hauptsächlich auf dem Lande, für den gleichen Zweck sich eingesetzt. Frau Giese ist als einzige Frau in den Hauptvorstand der württ. Bürgerpartei gewählt worden und wäre, wenn nicht persönliche Verhältnisse es unmöglich gemacht hätten, sicherlich auch in den Landtag gekommen. — Nachdem nun die Redeschlachten vorüber sind, kann auch die lange Zeit eingerostete Feder wieder

zu ihrem Recht kommen, und gewaltig viel ist's, was sie berichten will. Zunächst einmal von einer Wahl im Kleinen, von unserer Vorstandswahl. Zwei neue Mitglieder, Frau Dillmann und Fehringler sind in denselben berufen worden. Unsere liebe zweite Vorsitzende, Frau Schauweder, hat ihr Amt, das sie in aufopfernder Weise gleichsam als Kriegsamt übernommen hatte, niedergelegt; ihrer treuen und gewissenhaften Amtsführung soll auch hier dankbar gedacht werden. Als ihre Nachfolgerin wurde einstimmig Frau Debussère gewählt. Unsere Versammlungen, die wegen Licht- und Kohlenmangels auf den Nachmittags besetzt werden mußten, finden nun wieder in den gewohnten gemütlichen Abendstunden statt und sind gut besucht. In der Regel melden sich neue Mitglieder an. Mehr und mehr kommt unser Gewerbeverein auch in weiteren Kreisen zu Ansehen und Geltung, und unsere Mitglieder werden an alle möglichen Ehrenstellen berufen. Frau Dillmann und Strähle sind beim Miet-einigungsamt tätig, Frau Debussère gar als Vertreterin der christlichen Gewerkschaften im Arbeitsministerium und mit Frau Bohm beim Schiedsgericht für Arbeitslosenunterstützung, Frau Bildmacher und Fehringler*) wurden in den großen Ausschuß der Bürgerpartei, Frau Dillmann und Jeanrenaud in deren Sonderausschuß für Arbeiterinnen gewählt. Für die zu unserer großen Freude nun in greifbarer Nähe erscheinenden Sachausschüsse werden wir sieben Kandidatinnen vorschlagen, von denen wir einige sicherlich hineinzubringen hoffen. Für den Heimarbeiterrinnenausschuß der größten hiesigen Trikotfabrik durften wir ebenfalls sieben Kandidatinnen und vierzehn Erfahrungs-namhaft machen. — Unsere Jugendgruppen hoffen wir durch feste Organisation nach und nach zur Blüte zu bringen und in ihnen unserem Gewerbeverein einen gesinnungstüchtigen Nachwuchs heranzuziehen. Die Gruppen Stuttgart-Stadt und Heßlach wollen sich zusammenschließen und alle Monate eine Versammlung abhalten, in denen gewerkschaftliche und allgemeine Vorträge gehalten werden sollen, über die eines der jungen Mädchen in der nächsten Versammlung zu berichten hat, um sich gut und gewandt ausdrücken zu lernen. Die sehr anregenden und gut besuchten geschichtlichen Vorträge, die Frä. zu Puttk im Auftrag des Ortskartells gehalten hat, schlossen mit einer sehr schönen Feier, in der Frä. zu Puttk ein Lebensbild des größten schwäbischen Dichters, Eduard Mörike, entwarf, dessen Werke uns zwei der ersten Künstlerinnen hier in Wort und Bild vorführten. — In der Arbeitsstube ist in Gestalt von fließbedürftigen Socken und allerlei Säckchen für die Kleinsten von der „Winkelwocke“ immer Arbeit vorhanden. — Am 14. d. M. soll eine große vom Gewerbeverein einberufene Protestversammlung gegen die Abschaffung der Heimarbeit hier stattfinden, zu der wir zahlreiche Einladungen ergehen lassen wollen. Wir sind uns vollkommen bewußt, daß unser Gewerbeverein schweren Kämpfen entgegengeht, — wir wollen sie aufnehmen und, so Gott will, bestehen im Sinne des alten schwäbischen Wahlspruchs: Furchtlos und treu!

Zwiden. Die Januarversammlung war gut besucht. Ueber die Schusterrei, in der über 2000 Frauen gelernt haben, die dann wieder als Lehrmeister für andere gedient haben, wird berichtet: Sie hat ihrer Aufgabe genügt und kann jetzt den Betrieb einstellen mit berechtigtem Stolz auf das von ihr Erreichte. Der Schneidertkursus erfreut sich bis jetzt noch nicht derselben Nachfrage. — Der Hauptteil des Abends wurde durch eine Ansprache von Arbeitersekretär Zimmermann ausgefüllt, der über die Frauen und die Wahl sprach, über die Ziele der politischen Parteien aufklärte und den Frauen die Notwendigkeit, sich an der Wahl zu beteiligen, ans Herz legte. Unsere Vorsitzende betonte noch, daß die Sozialdemokratie die Heimarbeit bekämpft und daher keine Frau, die die Heimarbeit behalten möchte, sozialdemokratisch wählen dürfe.

Versammlungsanzeiger.

- Aktoua.** 13. März, 10. April, 7 Uhr, Blumenstr. 70, Vereinshaus.
Berlin-Moabit. 10. März, 14. April, 4/8 Uhr, Alt-Moabit 26, Gemeindehaus.
Berlin-Nord. 7. März, 9. April, 8 Uhr, Bernauer Straße 4, Gemeindehaus.
Berlin-Nordost. 11. März, 8. April, 8 Uhr, Schönhauser Allee 177, Stadtmissionsaal.
Berlin-Öst. 10. März, 14. April, 1/38 Uhr, Gr. Frankfurter Straße 11, Hof 1.
Berlin-Jüd. 4. März, 1. April, 7 Uhr, Johannistisch 5, Eingang Braßvogelstraße, gr. Saal.

*) Frau Fehringler ist noch im Ausland für Wäsche und Arbeitskleider, der vom Kriegsamt entlassen wurde.

Berlin-Adolf. 17. März, 12. April, 8 Uhr, Dausiger Straße 24, Gemeindefaßhaus.

Berlin-Wedding. 17. März, 14. April, 8 Uhr, Schönwalder Straße 21, Gemeindefaßhaus St. Michael.

Berlin-West. 10. März, 7. April, 8 Uhr, Rollendorferstr. 41, Hof pt., Missionsaal.

Berlin-Wilmersdorf. 11. März, 8. April, 1/8 Uhr, Deimolder Straße 17/18, Gemeindefaßhaus.

Bielefeld. 7. März, 4. April, 8 Uhr, Herforder Str. 31.

Braunschweig. 10. März, 14. April, 8 Uhr, Leffingplatz 5, Cv. Vereinshaus.

Breslau-Foed. 3. März, 7. April, 8 Uhr, Ostseitigasse 6 a, im Saale des Blaukreuzvereins.

Breslau-Fhd. 12. März, 9. April, 8 Uhr, Herrenstraße 21/22, Gemeindefaß der Elisabethgemeinde.

Breslau-West. 18. März, 15. April, 8 Uhr, Frankfurter Straße 28, Konfirmandenzimmer der Paulusgemeinde.

Charlottenburg. 10. März, 7. April, 8 Uhr, Goethestr. 22, Jugendheim.

Danzig. 10. März, 14. April, 7 Uhr, Breitgasse 83, Abstinenzvereinshaus.

Darmstadt. 11. März, 8. April, 7 Uhr, Stiftsstr. 51, „Feierabend“.

Dresden. 1. März, 5. April, 8 Uhr, Kriegsspeisehalle.

Dresden-Altstadt. 13. März, 10. April, 8 Uhr, Tannenstraße 40, Stutzerhaus.

Dresden-Kenstadt. 7. März, 4. April, 8 Uhr, Königstr. 21, Gemeindefaß der Dreikönigskirche.

Dresden-Pfetschen. 10. März, 7. April, 8 Uhr, Concordienstraße 4, „Concordia“.

Dresden-Strieschen. 11. März, 8. April, 8 Uhr, Wormser Straße 14, „Stadt Worms“.

Düsseldorf. 12. März, 9. April, 8 Uhr, Luitensstraße 33, Venushaus.

Elding. 18. März, 15. April, 8 Uhr, Erholungsheim, Löferstraße.

Essen. 3., 17. März, 7., 21. April, 8 Uhr, Altherbergstr. 10, Cv. Vereinshaus.

Essen-Ruhr. 27. März, 24. April, 1/9 Uhr, Burgplatz 5.

Frankfurt-Mecklenheim. 11. März, 15. April, 7 Uhr, Rathaus, Bodenheim.

Frankfurt-Merxheim. 17. März, 14. April, 7 Uhr, Burgstr. 81, Hof.

Frankfurt-Mitte. 13. März, 10. April, 7 Uhr, Bleichstr. 40.

Frankfurt-West. 19. März, 16. April, 7 Uhr, Hohenzollernplatz 33.

Frankfurt i. Posen. 10. März, 14. April, 8 Uhr, Haus Siche.

Hamburg i. Bayern. 3. März, 7. April, 8 Uhr, Duxstr. 5, Kuisenheim, Mißgebäude.

H.-Glabbea. 9. März, 13. April, 8 Uhr, Saal von Deden.

Hoslar. 11. März, 15. April, 1/9 Uhr, Kaffeelücke des Evang. Frauenbundes.

Greiffenberg i. Schlesien. 12. März, 9. April, 8 Uhr, Ring, Gasthof zum schwarzen Adler.

Halle-Nord. 5. März, 2. April, 8 Uhr, Albrechtsstr. 27.

Halle-Süd. 3. März, 7. April, 8 Uhr, Kleine Klausstr. 12, Domgemeindefaßhaus.

Hamburg-Stadt. 18. März, 15. April, 7 Uhr, Notenbaumthausen 13, Curiohaus.

Hamburg-Marmsee. 18. März, 15. April, 1/3 Uhr, Parfänerstraße, Gemeindefaß der Kreuzkirche.

Hamburg-Simschell. 19. März, 16. April, 7 Uhr, Belle-Alliance-Straße 55, Missionsaal.

Hamburg-Sammerbrook. 11. März, 8. April, 8 Uhr, Sachsenstraße 21, Bollshaus.

Hamburg-Kenstadt. 12. März, 9. April, 8 Uhr, Börsenstr. 4, Bildungsverein.

Hamburg-Neufeldersdorf. 12. März, 9. April, 8 Uhr, Bierländer Straße, Gemeindefaß.

Hamburg-Winterhude. 17. März, 14. April, 8 Uhr, Schillerstraße 15, Gemeindefaßhaus.

Hennau. 11. März, 8. April, 4 Uhr, Ruhallee 22, Vereinshaus.

Herrng. 19. März, 16. April, 8 Uhr, Herdmandstraße 17, Margaretenhort.

Herrnhut. 11. März, 8. April, 8 Uhr, Schule.

Hirschberg i. Schlesien. 10. März, 14. April, 7 Uhr, Warmbrunner Straße, Gasthaus zum Rynast.

Jauerburg. 12. März, 9. April, 7 Uhr, Marktgrafenplatz 2, Städt. Gymn.

Kassel. 13. März, 10. April, 7 Uhr, Jahnstr. 17, Frauenheim Ost.

Köln. 10. März, 14. April, 5 Uhr, Vereinsräume des Deutsch-evangel. Frauenbundes.

Köln-Gebirg. 16. März, 13. April, 1/8 Uhr, Konfirmandenzimmer der Luitensstraße.

Köln-Gebirg-Neuenhof. 11. März, 8. April, 7 Uhr, Konfirmandenzimmer der Ottilienstraße.

Königsberg-Oberradt. 17. März, 14. April, 7 Uhr, Steinbamm 146, Privat-Gymn. Herholz.

Königsberg-Pomeritz. 5. März, 9. April, 7 Uhr, Konfirmandenzimmer, Schifferbiederstraße 1 a.

Königsberg-Unterstadt. 10. März, 14. April, 7 Uhr, Schüringstraße 32, Gymn. Höglerstr.

Köslin. 13. März, 5. April, 10. April, 8 Uhr, Gufarenstraße 1, Gemeindefaßhaus.

Landberg a. Warthe. 11. März, 8. April, 8 Uhr, Seinersdorfer Straße, Kriegslücke.

Leipzig-Mitte. 10. März, 14. April, 1/8 Uhr, Johannisplatz 3, D. I.

Leipzig-West. 12. März, 9. April, 8 Uhr, Demmeringstraße, „Grüne Eiche“.

Liegnitz-Rummelsburg. 17. März, 14. April, 7 Uhr, Prinz-Albert-Straße 43, Gemeindefaßhaus.

Liegnitz. 17. März, 22. April, 8 Uhr, Friedrichsplatz, Mädchen Mittelschule.

Lissa i. Posen. 28. März, 25. April, 8 Uhr, Gemeindefaßhaus.

Lützenhain i. Posen. 4. März, 8. April, 7 Uhr, Lützenhain, Gasthaus Napf.

Magdeburg. 19. März, 16. April, 8 Uhr, Klosterbergstr. 1, Strubekstr., Magdeburg-Budau.

Malsz. 13. März, 10. April, 8 Uhr, Rath. Vereinshaus.

München-Stadt. 16. März, 15. April, 8 Uhr, Wagenstr. 25 III, Ortskartell der christl. Gewerkschaften.

München-Ost. 24. März, 8 Uhr, Steinstr. 24, „Zum Steinabler“.

Netze. 13. März, 10. April, 8 Uhr, Katholisches Vereinshaus.

Neubrück. 10. März, 7. April, 8 Uhr, Richardstr. 31/32, Ede Rosenstraße.

Neuz. 13. März, 10. April, 1/8 Uhr, Markt, Jugendheim „Fortitudo“.

Neuwied. 23. März, 27. April, 6 Uhr, Damm, Wirtschaft Job. Söperg.

Nowawes. 7. März, 8 Uhr, Schulstraße, Bethlehems-Gemeinde.

Nürnberg. 12. März, 9. April, 7 Uhr, Rablsergasse 23, Kinderschule St. Jakob.

Ostend a. M. 17. März, 14. April, 8 Uhr, Domstr. 25.

Ottersheim. 26. März, 23. April, 8 Uhr, Breite Straße, Sänderischer Gasthof.

Pandow. 12. März, 9. April, 1/8 Uhr, Ruglerstr. 147, Gemeindefaß der Paul-Gerhardt-Gemeinde.

Pöhl i. Steffin. 6. März, 3. April, 1/8 Uhr, Schützenhaus Blüher.

Posen. 17. März, 21. April, 8 Uhr, Evangelisches Vereinshaus.

Posdam. 10. März, 14. April, 8 Uhr, Podigstr. 8/10, K. Saal des Gemeindefaßes.

Regensburg. 9. März, 13. April, 1/4 Uhr, Jakobinerstraße.

Reutlingen. 10. März, 14. April, 8 Uhr, Weggerstraße, Cv. Vereinshaus.

Schwanzheim a. Rahn. 17. März, 9. April, 8 Uhr, „Zum grünen Baum“.

Sydenau. 11. März, 8. April, 8 Uhr, Hoher Steinweg 1 a, Guttemplerheim.

Stettin. 3. März, 7. April, 1/8 Uhr, Elisabethstr. 53, gr. Saal im Vereinshaus.

Stolz i. Pommern. 10. März, 7. April, 1/8 Uhr, Kula der Anabermittelschule, Bollweberstraße.

Stuttigart-Stadt. 5. März, 2. April, 7 Uhr, Hohe Straße 11, Grenzhaus.

Stuttigart-Neuwang. 6. März, 3. April, 1/8 Uhr, Gasthaus zur Traube.

Stuttigart-Saukath. 3. März, 7. April, 8 Uhr, Kranenstraße, Herberge zur Heimat.

Stuttigart-Neufeld. 12. März, 9. April, 1/2 Uhr, Hünenstraße 4, Vereinshaus.

Stuttigart-Obstheim. 12. März, 9. April, 1/8 Uhr, Landhausstr. 153.

Tübingen-Preudeningen. 11. März, 8. April, 8 Uhr, Vereinshaus.

Wandsbeck. 21. März, 25. April, 8 Uhr, Neue Bahnhofstraße, Gemeindefaß.

Wetzlar. 10. März, 14. April, 7 Uhr, Kirchplatz, Gemeindefaßhaus.

Wiesbaden. 24. März, 28. April, 8 Uhr, Dogheimer Straße 24, Gefellenhaus.

Wongrowitz i. Posen. 24. März, 28. April, 3 Uhr, Kolonie, Schulhaus.

Wühlau bei Steffin. 6. März, 4. April, 8 Uhr, im Pfarrhaus.

Zwickau i. Sachsen. 10. März, 9. April, 7 Uhr, Neufers Söppinger Straße, Herberge zur Heimat.

Künftiger Frühling.

Wohl blühet jedem Jahr
 Sein Frühling mild und licht,
 Auch jener große, klare,
 Getrost! er fehlt dir nicht;
 Er ist dir noch beschieden
 Am Ziele deiner Bahn,
 Du ahnest ihn hienieden,
 Und droben bricht er an.

Ludwig Uhland.

Einundzwanzig treue Mitglieder hat der Gewerbeverein in diesem Monat verloren.

In Gruppe **Berlin-Nordost** starb am 11. Januar 1919 unser liebes Mitglied

Frau Pauline Auras, geb. Keller,

geboren am 12. September 1856 in Dobrilugk, Kreis Ludau.

In Gruppe **Berlin-Süd** starb am 27. Januar 1919 nach mehr als zwölfjähriger Zugehörigkeit zum Gewerbeverein unser liebes Mitglied

Fräulein Berta Duff,

geboren am 20. Januar 1863 in Hofemarfow, Kreis Demmin.

Gleichfalls in Gruppe **Berlin-Süd** starb am 22. Januar 1919 unser liebes Mitglied

Frau Marie Cöpler, geb. Paech,

geboren am 7. Juni 1887 in Berlin.

In Gruppe **Breslau-Nord** starb am 14. Februar 1919 unser liebes Mitglied

Witwe Bertha Grajner, geb. Nieglich,

geboren am 17. Juli 1870 in Breslau.

Gleichfalls in Gruppe **Breslau-Nord** starb am 5. Februar 1919 nach mehr als fünfzehnjähriger Zugehörigkeit zum Gewerbeverein unser liebes Mitglied

Witwe Julie Werschek, geb. Bartisch,

geboren am 15. Oktober 1837 in Girsch, Kreis Ratibisch.

In Gruppe **Elbing** starb am 4. November 1918 unser liebes Mitglied

Fräulein Ida Brauer,

geboren am 1. April 1879 in Kiesenburg, Kreis Rosenberg in Westpreußen.

Gleichfalls in Gruppe **Elbing** starb am 8. November 1918 unser liebes Mitglied

Frau Friederike Karau, geb. Müller,

geboren am 27. Januar 1873 in Hez in der Altmark.

In Gruppe **Halle-Nord** starb am 12. Januar 1919 nach sechzehnjähriger Zugehörigkeit zum Gewerbeverein unser liebes Mitglied

Witwe Elise Spahrman, geb. Kersten,

geboren am 3. März 1889 in Cöthen (Anhalt).

In Gruppe **Hamburg-Eimsbüttel** starb am 1. Dezember 1918 unser liebes Mitglied

Frau Marie Dobru, geb. Dörner,

geboren am 19. September 1851 in Lancaster.

In Gruppe **Hannover** starb am 30. Januar 1919 unser liebes Mitglied

Witwe Alwine Meyer, geb. Könnecke,

geboren am 2. Juli 1872 in Wolfenbüttel.

Gleichfalls in Gruppe **Hannover** starb am 30. Dezember 1918 unser liebes Mitglied

Witwe Wilhelmine Meyer, geb. Kunst,

geboren am 9. Juni 1870 in Salzdetfurth.

Ebenfalls in Gruppe **Hannover** starb am 29. Dezember 1918 unser liebes Mitglied

Fräulein Pauline Moormann,

geboren am 7. Oktober 1893 in Hannover.

In Gruppe **Röln** starb am 4. Dezember 1918 unser liebes Mitglied

Fräulein Gertrud Mausbach,

geboren am 18. Februar 1851 in Röln.

In Gruppe **Magdeburg** starb am 23. Dezember 1918 unser liebes Mitglied

Frau Ella Nowakowski, geb. Gieseler,

geboren am 31. August 1867 in Magdeburg.

In Gruppe **Regensburg** starb am 3. Februar 1919 unser liebes Mitglied

Frau Anna Danner, geb. Rieder,

geboren am 15. Februar 1874 in Mühlbof am Inn. Sie gehörte der Gruppe seit dem Gründungstage an.

Gleichfalls in Gruppe **Regensburg** starb am 27. Januar 1919 unser liebes Mitglied

Frau Anna Liebl, geb. Bauer,

geboren am 12. April 1884 in Schallding, Bezirksamt Passau.

In Gruppe **Wiesbaden** starb am 28. Dezember 1918 unser liebes Mitglied

Frau Dina Blum, geb. Becht,

geboren am 2. Januar 1893 in Frankfurt a. Main.

Gleichfalls in Gruppe **Wiesbaden** starb am 16. Oktober 1918 unser liebes Mitglied

Fräulein Lina Kochstetter,

geboren am 26. Januar 1890 in Wiesbaden.

Ebenfalls in Gruppe **Wiesbaden** starb am 28. November 1918 unser liebes Mitglied

Fräulein Margarete Neumann,

geboren am 7. Juli 1896 in Wiesbaden.

Gleichfalls in Gruppe **Wiesbaden** starb am 10. Oktober 1918 unser liebes Mitglied

Fräulein Anna Söhne,

geboren am 10. Dezember 1881 in Kirchberg bei Freyler.

Gruppe **München** meldet: Nach langer, schmerzlicher Krankheit verloren wir am 14. Februar 1919 unser liebes außerordentliches Mitglied

Fräulein Mathilde Geisel.

Elf einhalb Jahre hat sie im Gewerbeverein mit Hingebung gearbeitet. Seit zwei Jahren war sie Vorsitzende in München-Ost. Wir werden ihrer stets in Treue und Dankbarkeit gedenken.

Inhalt: Heimarbeiterrinnen und Nationalversammlung. Lohnverhandlungen in der Damenkonfektion. — **Verlässliche Rundschau:** Neue Lohnfestsetzungen bei den Bekleidungsämtern des Gardekorps und des 3. Reservekorps. Vorläufige Bestimmungen über die Erwerbslosenfürsorge für Heimarbeitler in Berlin. Der weibliche Arbeitsmarkt. Der ständige Ausschuss zur Förderung der Arbeiterinnen-Interessen. — **Soziale Rundschau:** Hauptversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform. Währungsreform. Deutsche Industriepolitik. Bericht der Hauptklasse. — **Was unseres Vereines angeht:** Berlin-Süd, Halle-Nord, München, Stuttgart-Stadt, Jülich, Versammlungsangelegenheiten, Kassenangelegenheiten.